



**Bundespräsident Joachim Gauck  
beim Jahresempfang 2017  
der Evangelischen Akademie Tutzing  
am 19. Januar 2017  
in Tutzing**

Natürlich bin ich heute nicht zum ersten Mal in Tutzing. Und ich freue mich, dass ich bei Ihnen sein kann und Ihnen zum 70. Jubiläum gratulieren kann. Ich bin glücklich, hier zu sein, zumal als Staatsoberhaupt.

Ich bin froh, dass wir mit einer Institution wie dieser über so ein sichtbares Zeichen deutscher Lernerfahrung in der politischen und kulturellen Landschaft des Landes verfügen. Es gibt eben Gründe dafür, dass man diesem Land vertrauen kann. Und das war anfangs, als Einrichtungen wie diese gegründet wurden, überhaupt nicht evident. Dass es irgendwann einmal wieder Gründe geben würde für ein tiefes Zutrauen zu diesem Gemeinwesen und dass Sie daran mitgewirkt haben, natürlich zusammen mit vielen anderen – das ist doch ein Ensemble von Mitwirkenden bei der Demokratisierung eines Landes. Ich denke nur an unsere politischen Stiftungen und ihre segensreiche Wirkung. Dass Sie daran so kräftig mitgewirkt haben, dass Sie im ganzen Land einen Namen haben, eine Marke sind, das ist wirklich Grund zu großer Freude und tiefer Dankbarkeit.

Fragte man nach dem Beitrag des Protestantismus zur Entwicklung einer stabilen und weltoffenen, einer menschenfreundlichen Demokratie, so kommen wir also nicht zuletzt auf die 18 Evangelischen Akademien. Ich habe gelesen, der Philosoph Hans-Georg Gadamer und der Publizist Rudolf Augstein – zwei, wie wir wissen, sehr unterschiedliche Menschen – hätten ganz unabhängig voneinander formuliert: Die Akademien seien das Beste, was den Kirchen der Bundesrepublik nach 1945 eingefallen sei. Auch wenn ich diesem Urteil nicht vollständig zu folgen vermag – ich freue mich immer, wenn ich hierher komme.

Dies ist ein Haus der politischen und der kulturellen Bildung, und ein Haus des offenen Meinungsaustausches. Und aus diesem Geist

heraus ist Tutzing, und ich denke auch ganz besonders an die Tagungen des Politischen Clubs der Akademie, Ausgangspunkt großer, bewegender bundesdeutscher Debatten geworden:

Die Bundesrepublik hat viele Debatten erlebt, und die Akademien der christlichen Kirchen gehörten eben oftmals zu den Arenen, in denen sie öffentlich ausgefochten wurden, und zwar nicht selten mit einiger Härte. Im Ganzen betrachtet haben diese Auseinandersetzungen unsere Republik vorangebracht. Das Ringen verschiedener gesellschaftlicher Strömungen um Einfluss hatte einen zivilisierten Rahmen gefunden und größere Teile der Bevölkerung konnten teilnehmen, oftmals überdies vermittelt durch die Medien.

Häufig entzündeten sich diese Debatten am Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Ich denke etwa an den Historikerstreit der 1980er Jahre. Er wurde von Anfang an nicht nur in Fachjournalen, sondern in der überregionalen Presse ausgetragen.

Oder nehmen wir die Debatte um die Wehrmachtsausstellung, die – fünfzig Jahre nach Kriegsende – in allen Ecken der Republik und in allen Schichten der Gesellschaft geführt wurde und die unsere Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus um eine weitere Facette erweiterte. Und die übrigens in ihrem Verlauf auch dazu führte, dass Fehler der Ausstellung erkannt wurden und dass sie neugestaltet wurde. Das zeigt schon die aufklärerische Wirkung ernsthafter Debatten.

Es ist immer eine der wichtigen Quellen politischer Stabilität in der Bundesrepublik gewesen, durch Gespräch Verständigung und Interessensausgleich zu erreichen. Diese Diskursgesellschaft, auf dem Prinzip der Vernunft und der Überzeugungskraft des sachlichen Arguments gründend, erlebt in unseren Tagen offenkundig Veränderungen, die manche von uns als Krise wahrnehmen, wie so vieles uns neuerdings krisenhaft erscheint. Auch wenn man bezweifeln mag, ob das immer angemessen ist.

Nicht nur erleben wir, wie in manchen politischen Milieus das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und die politischen Eliten schwindet; nicht nur erleben wir eine zunehmende innenpolitische Polarisierung mit stärker werdenden populistischen Kräften. Wir sind auch immer wieder konfrontiert mit der Verrohung von Sprache und der Erosion von Diskussionskultur. Und damit einher geht eine zunehmende Fragmentierung des gesellschaftlichen Diskurses.

Jürgen Habermas, der Theoretiker der demokratischen Öffentlichkeit, hat diese Krise schon vor einigen Jahren vorhergesehen. Im virtuellen Raum zerfalle das Publikum „in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen“.

Zwar ist die Annahme, wir befänden uns alle stets im selben Diskurs, schon immer so etwas wie ein aufklärerischer Trugschluss gewesen. Denn natürlich kann es uns nicht völlig neu sein, dass es verschiedene Kommunikationsmilieus gab und gibt und dass wir uns, ganz natürlicherweise, bevorzugt mit Menschen umgeben und austauschen, die eine ähnliche Weltsicht oder politische Einstellung haben wie wir selbst. Neu ist jedoch, dass dieser Effekt um ein Vielfaches verstärkt und politisch wirksam wird – vor allem mit Hilfe der Echokammern sozialer Netzwerke im Internet. Die Nutzer solcher Diskurskavernen werden fortwährend in dem bestätigt, was sie ohnehin schon zu wissen glauben.

Wenn aber die Sicht auf die Welt nicht mehr von den unabhängigen Medien beeinflusst wird, die einem mitteilen, was geschieht, sondern vom Newsfeed, der verstärkt, was man zu lesen wünscht, dann wird es sehr einfach, zum Beispiel Verschwörungstheorien zu verbreiten. Dann wird es auch sehr einfach, Horrorszenerien an die Wände und virtuellen Echokammern zu malen, um Menschen gegeneinander aufzubringen.

Und wenn dann noch autoritär gelenkte Staaten durch Cyberangriffe in die Wahlen demokratischer Länder eingreifen, wenn es zum Geschäftsmodell für Menschen in Regionen weit weg vom eigentlichen Geschehen wird, politische Falschmeldungen zu streuen, dann kann sogar irgendwann die liberale Gesellschaft und ihre politische Kultur in Gefahr geraten. Wahlen sind das zentrale Instrument der repräsentativen Demokratie. Die Demokratie muss deshalb abwehrbereit bleiben und zwar auch im virtuellen Raum.

Wie rasant der digitale Wandel unserer Kommunikation verläuft, das zeigen schon die Zahlen: Heute gibt es weltweit mehr Telefone als Menschen, und fast die Hälfte der Menschheit hat inzwischen Zugang zum Internet. Das ist ja eigentlich gut, denn Zugang zu Daten bedeutet Teilhabe. Aber zugleich sind soziale Netzwerke für hunderte Millionen Menschen inzwischen zur wichtigsten Informationsquelle geworden. Welche komplexen Fragen dieser Wandel aufwirft, das lässt sich auch daran ersehen, dass selbst der Gründer des weltweit größten sozialen Netzwerks Schwierigkeiten damit hat, das Wesen seiner eigenen Firma zu definieren. Er fragt sich, ob er ein Technik- oder ein Medienunternehmen führt. Jedenfalls gilt auch hier: Mit großer Macht geht große Verantwortung einher.

Der Aufstieg sozialer Netzwerke als Informationsquellen wird von einem relativen Bedeutungsverlust der traditionellen Medien begleitet. Die scharfe Ablehnung, die ihnen an den Rändern des politischen Spektrums entgegenschlägt, sie ist besorgniserregend.

Qualitätsjournalismus ist aber wichtiger denn je in einer schnelllebigen Zeit, in der oft nicht der Inhalt einer Meldung entscheidend ist, sondern wichtiger ist, wie zügig sie verbreitet wird.

Natürlich wissen wir auch: Es hat Fehlentwicklungen und Versäumnisse gegeben. In manchen Fällen schien zu gelten, das was nicht sein darf, auch nicht sein kann. Die Erkenntnis hat eine selbstkritische Debatte innerhalb der Medien erzeugt. Die muss auch sein. Daraus aber abzuleiten, die traditionellen Medien seien eine „Lügenpresse“, das ist doch nun wirklich eine groteske Überzeichnung und in sich selbst schon infame politische Propaganda. Glauben Sie mir: Ich weiß, was Lügenpresse ist. Ich habe sie erlebt, jahrzehntelang, in der DDR, und die Älteren zuvor in der Zeit des Nationalsozialismus.

Und gerade deshalb glaube ich fest daran, dass seriöser Journalismus offensiv und selbstbewusst mit seinen Vorzügen werben kann, mit gründlicher Recherche und mit politischer Unabhängigkeit.

Es gibt nun auch einige Erkenntnisse, die optimistisch stimmen. Auch wenn es uns Deutschen manchmal schwerfällt, optimistische Botschaften anzunehmen – da hören wir einmal ganz genau hin: Die Befunde Ihrer Forschung, verehrter Professor Reinemann, habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Besonders die Beobachtung, dass das Vertrauen in die etablierten Medien in der Mitte der Gesellschaft gar nicht so stark abgenommen hat, wie wir es im Sog der aktuellen Berichte oft denken. Tatsächlich hat sich aber der Ton der heutigen Medienkritik erheblich verschärft. Auch stellen Sie fest, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Fundamentalkritik an den Medien und politischer Unzufriedenheit. Wer seine Meinung eben nicht in den Medien repräsentiert sieht, findet oftmals, die Medien seien Büttel der Mächtigen. Das heißt dann im Umkehrschluss: Wenn die Politik Vertrauen zurückgewinnen kann, dann können das auch die Medien.

Wer Vertrauen wiedergewinnen will, darf vor allem eins nicht tun: den Anspruch aufgeben, nach der Wahrheit zu suchen. Natürlich ist mir bewusst, wie schwer es ist, sich zu verständigen, wenn sich keine Einigkeit mehr darüber erzielen lässt, was wahr sei. Ich denke an Hannah Arendt, die damals folgendes formuliert hat:

„Wo Tatsachen konsequent durch Lügen und Totalfiktionen ersetzt werden, stellt sich heraus, dass es einen Ersatz für die Wahrheit nicht gibt. Denn das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird.“

Arendt hat übrigens schon sehr früh, in dem kleinen Band „Besuch in Deutschland“, festgestellt, dass es nach der Diktatur ganz markante Verluste, Verluste an Wirklichkeit in Deutschland gebe. Und einer dieser Verluste an Wirklichkeit war der Verlust der Fakten, der Realität. Weil so viele nicht begreifen konnten, wie es sich mit der Schuld verhielt und was die Fakten der Diktatur waren. So setzte eine psychische Kompensation ein, die die *wirkliche* Wirklichkeit durch

*Meinungen* über die Wirklichkeit ersetzte. Und wenn man dann etwas dagegen sagte, dann hieß es: Aber wir sind jetzt doch Demokraten, wir haben doch Meinungsfreiheit. Das war wenige Jahre nach Kriegsende.

Was also – so fragen wir uns nach so einer Überlegung – können wir tun, damit uns die Wahrheit nicht verloren geht?

Gegenwärtig leiden wir am „Google-Knowing“ – einem Halbwissen, das daraus entsteht, dass wir die Herkunft einer Information beim Wissenserwerb im Netz gar nicht mehr hinterfragen. Wir brauchen aber eine gewisse Methodik – der Historiker würde sagen: Quellenkritik. Ohne das geht es nun einmal nicht in der historischen Forschung. Wir brauchen intellektuelles Rüstzeug, um Informationen zu reflektieren, sie einzuordnen und aus ihnen Schlüsse zu ziehen. Und das alles muss wieder stärker in den Mittelpunkt unserer Schulbildung rücken. Wir müssen uns einmal vorstellen, welche Bedeutung der Umgang mit der neuen Technik in unseren Schulen hat. Und ausgerechnet bei einer Bevölkerungsgruppe, die so intensiv verbunden ist mit diesen neuen Kommunikationstechnologien, ausgerechnet dort entlassen wir sie ohne pädagogische Leitung in das Leben?

Bildung muss in jedem jungen Menschen einen kritischen Zugang zur Welt fördern, nicht im Sinne des „Dagegenseins“, sondern der Förderung des eigenständigen Denkens. Wir brauchen eben eine Medienkompetenz, die einen emanzipierten Umgang mit neuen Technologien erlaubt. Diese Kompetenz brauchen ja nun keineswegs nur Schüler und Studierende, sondern auch alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger. Denn sie ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Demokratieerziehung, die das Individuum stark macht und ihm verantwortungsvolle politische Teilhabe erst ermöglicht.

Zum Streben nach Wahrheit gehört immer auch eine selbstkritische Haltung. Damit ist hier die Einsicht gemeint, dass unsere offene Debattenkultur keineswegs nur unter Hassrhetorik leidet. Diese Einsicht ist nicht neu, und sie hat vor allem im vergangenen Jahr zu nachdenklicher Selbstreflektion in den Medien geführt. Eine der Leitfragen der Diskussion lautet – und muss lauten: Besteht nicht die Gefahr, dass eine bisweilen aufscheinende Tabuisierung und Normierung von Sprache – auch politischer Sprache – auf immer mehr Widerstand bei denen stößt, die sie als verbrämend empfinden?

Es gilt, Offenheit in klugen Einklang mit Sensibilität und Differenzierung zu bringen. Wer aber offen sein möchte, sollte zugleich Klarheit anstreben. Das bedeutet auch, fähig zu sein, komplexe Sachverhalte in einer Sprache abzubilden, die eben von mehr Menschen, möglichst von allen, verstanden wird. Das einfache Wort dürfen wir doch nicht jenen überlassen, die vom Rand des politischen

und gesellschaftlichen Spektrums her Einfluss nehmen wollen auf uns alle. Eine positiv verstandene und erhellende Vereinfachung würde beitragen zu einer Kommunikation der Vielen – statt einer Kommunikation der Wenigen und besonders Gebildeten.

Viele einzubeziehen heißt, viele Meinungen anzuhören, auch solche, die einem nicht gefallen, die auch mir nicht gefallen. Offene Gesellschaft heißt: bereit sein zum Gespräch, ja, sagen wir alle, aber es heißt eigentlich doch auch, bereit sein zum Streit, zum Streitgespräch. Und dieser Streit darf – zumal in rauen Zeiten – gelegentlich durchaus heftig ausfallen. Aber Streit braucht auch Regeln, wie im Sport. Solange er mit Respekt geführt wird, kann er eben auch am Ende, mögen wir ihn fürchten oder nicht, bei der Verständigung helfen. Es ist wichtig, dass wir uns gerade in solchen gepflegten Diskursarenen darüber verständigen, dass nicht alles, was da draußen herumtobt, schon der Anfang vom Ende der Demokratie ist. Ich habe gestern in Anlehnung an Timothy Garton Ash das Wort von der „robusten Zivilität“ gebraucht. Und deshalb glaube ich: Unsere Demokratie ist stark und erwachsen genug, um nicht bei jedem Wort gleich in Ohnmacht zu fallen – sondern dann halten wir dagegen. Und wir eröffnen dann einen Streit, hoffentlich nach unseren Regeln und immer auf dem Boden unseres Grundgesetzes.

Bei aller Beschäftigung mit den Kritikern von Staat und Medien sollten wir also nicht vergessen, wie stabil unsere gesellschaftliche Mitte ist – es ist diese, unsere Zivilgesellschaft. Dieses Deutschland ist nicht die Weimarer Republik. Wir haben nicht nur Institutionen, sondern wir haben uns, unser Miteinander. Und wir werden niemals erlauben, dass von den Rändern her dieses kostbare Gut unserer Demokratie eingerückt oder gar zerquetscht wird. Niemals. Denn machen wir uns doch bewusst, dieses Land bietet seinen Bürgern so große Lebens- und Entfaltungschancen wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. Bei meinen Reisen durch Deutschland habe ich in den vergangenen fünf Jahren die Fülle dieser Möglichkeiten und die vielfältigen Stärken der Menschen selbst erlebt. Und ich habe unser Land noch dazu im Gespräch mit internationalen Partnern erlebt und damit auf eine ganz neue Weise kennengelernt. Der Blick von außen hilft gelegentlich, wie wir wissen. Zum Beispiel dabei zu erkennen, welchen Respekt sich Deutschland durch sein festes und glaubwürdiges Bekenntnis zur Menschenwürde und den anderen universellen Werten erworben hat und wie sehr man andernorts unseren selbst erarbeiteten Wohlstand, unseren gesellschaftlichen Frieden und die Fähigkeit zu Ausgleich und Kompromiss schätzt.

Der Rechtsstaat schützt vor Machtmissbrauch und Willkür. In der sozialen Marktwirtschaft verbinden sich unternehmerische Initiative und innovative Ideen mit Arbeitnehmerinteressen und fairem Interessensausgleich. Und in unserer Bürgerschaft übernehmen Menschen – statt auf das sogenannte System zu schimpfen oder in

einer Opferrolle zu verharren – ganz freiwillig Verantwortung für andere und füreinander. Viele Millionen Deutsche engagieren sich ehrenamtlich. Sie tun es überall, in den Schulen und Vereinen, in den Kirchen, in der Flüchtlingshilfe, Sport und Kultur. Nicht immer ist die Arbeit sichtbar. Oft erfolgt sie still und leise. Aber sie schafft einen ungeheuren gesellschaftlichen Zusammenhang. Unser Medienkonsum leitet uns manchmal dazu an, die Gesellschaft von ihren Konfliktzonen her zu definieren. Aber das Wissen um dieses Netzwerk könnte in uns die tiefe Überzeugung stärken, dass dies ein gesegnetes Land mit starken Kräften und starken Bürgern ist. Wir könnten zu einer Haltung gelangen, dass wir wirklich eine beständige Antithese gegen diese so verbreite Kultur des mürrischen Unzufriedenseins und der Empörung darstellen können.

Die Offenheit, die unsere Gesellschaft prägt, wird von ihren Feinden gerne als Schwäche ausgelegt. Dabei vermag es gerade die Demokratie, mit Veränderungen und sogar mit Angriffen umzugehen. Neue Anliegen und Positionen finden Berücksichtigung, jedenfalls solange sie nicht den Boden des Grundgesetzes verlassen.

Unsere Demokratie hat viel Erfahrung auch mit Transformationen und mit Anpassung. Sie hat sich auch schon früher gegen innere und äußere Bedrohungen behauptet. Denken wir mal an vergangene Jahrzehnte, als die bundesdeutsche Demokratie den Terrorismus überstehen musste, ohne dabei ihre Prinzipien zu verraten. Unser Land hat es trotz einiger Probleme vermocht, 16 Millionen Landsleute aus dem Osten, die, in einer Diktatur aufgewachsen, zu großen Teilen auch diktaturtypische Haltungen angenommen hatten, in die Bundesrepublik zu integrieren. Was für gewaltige Anstrengungen. Und nicht zuletzt ist das doch gelungen durch die Macht des freien Wortes, des Arguments und der Debatte.

So liegt in den gegenwärtigen Verwerfungen und Diskussionen auch eine Chance. Denn wir sind gezwungen, uns aufs Neue bewusst zu machen, was wir an unserer Demokratie haben. Einmal mehr kann die Demokratie ihre Stärke, ihre Lernfähigkeit und ihre Anpassungskraft unter Beweis stellen.

Zweifellos braucht unsere Gesellschaft auch weiterhin Foren für menschliche Begegnung, auch Rückzugsräume von der alltäglichen Schnelllebigkeit, Orte der Reflektion, auch Orte der Einkehr. Und da komme ich nun noch einmal zurück auf Ihr Haus, verehrter Herr Direktor, ja auf den eigentlichen Ursprung der Akademie. Ich denke daran, wie Plato sie sah – als Ort der Erkenntnis. Ein solcher Raum will diese Evangelische Akademie sein. Bitte geben Sie diesen Anspruch nicht auf. Tragen Sie ihn weiter in die Zukunft.

Es hat sich gefügt, dass Ihr Präsident ein Christenmensch ist. Und deshalb möchte ich mit einer christlichen Anmerkung meine Rede heute beschließen. Wir befinden uns hier, das ist uns ja bewusst, in

einer Evangelischen Akademie. Und ich will mich von hier nicht verabschieden, ohne darauf hinzuweisen, dass es da doch wohl ein Proprium geben müsse – also etwas, das sie von anderen, säkularen Bildungsträgern zu unterscheiden vermag. Ich wünschte mir jedenfalls, dass eine solche Akademie all den Diskursen, die unsere Gesellschaft jeweils prägen, etwas hinzufügt – nämlich das, was der christliche Glaube dem Leben hinzufügen kann. Es wäre eindimensional und auch lebensfremd, würden wir die Potenziale all der Menschen, die vom christlichen Glauben geprägt worden sind, nicht einbeziehen in die Lebensprozesse einer Gesellschaft. Wir wissen um die größere Hoffnung und die größere Hingabe, die glaubende Menschen in die Welt gebracht haben. Darum sollten zentrale Themen des Glaubens auch auf der Agenda bleiben. Die Akademie kann ja trotzdem ein Forum bieten, auf dem die Themen der Zeit mit den unterschiedlichsten Debattenteilnehmern verhandelt werden. Aber sie soll „die Sache mit Gott“ nicht preisgeben. Denn im Vertrauen auf Gott haben Menschen ihre Potenziale erweitern können. Sagen wir es einmal in ganz traditioneller Sprache: Mag der Schöpfergott sich auch unserem Verstehen entziehen, so bleiben doch die, die auf ihn bezogen sind, Gesegnete, Bestärkte, Ermächtigte.

Freilich sind diese Worte nur Annäherungen an das Geheimnis, dem wir uns nähern, wenn wir „Gott“ sagen. Aber es gibt Geheimnisse, die wirkmächtig sind – und deshalb soll eben in einer Evangelischen Akademie Raum für die Geheimnisse des Glaubens sein.

Und nun mein Abschiedswunsch: Bleiben Sie ein Segen für alle, die hier einkehren. Bleiben Sie denen treu, die sich um die Zukunft unseres Gemeinwesens und der Welt Sorgen machen. Begegnen Sie der Kultur der Ängstlichkeit und des Verdrusses mit einem glaubensgestärkten Ja zur Zukunft.